

„Magdeburger Erklärung“

des 33. Deutschen Naturschutztages 2016
in Magdeburg



16. September 2016

Naturschutz und Landnutzung

Analysen, Diskussionen, zeitgemäße Lösungen

Inhalt

Präambel	2
Biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft stärken!	3
Natura 2000 – konsequent umsetzen	4
Landwirtschaft neu ausrichten!	5
Schutzgebiete sichern, grüne und blaue Verbundachsen schaffen!	6
Jugendengagement nachhaltig unterstützen!	8
Naturschutz und soziale Fragen zusammen denken!	8
Ausblick	9

Präambel

Naturschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe weist Verknüpfungen mit zahlreichen anderen Politikfeldern auf: Der Schutz bestimmter Ökosysteme, z. B. von Mooren und alten Wäldern, ist zugleich aktiver Klimaschutz. Intakte Flussauen sind nicht nur überaus artenreich, sondern filtern Nährstoffe und sind notwendig für den Schutz des Grundwassers und für den Hochwasserschutz. Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke leisten bedeutende Beiträge für das Naturerleben der Menschen, den wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn und für die regionale Wertschöpfung.

Naturschutz in Deutschland ist eng eingebunden in den europäischen und internationalen Kontext. Deutschland ist Vertragsstaat des UN-Übereinkommens über die biologische Vielfalt und hat den Strategischen Plan 2011 bis 2020 mit seinen 20 Biodiversitätszielen mit beschlossen. Die EU hat diese Beschlüsse mit der Biodiversitätsstrategie 2020 konkretisiert. In Deutschland wird die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) mit ihren vielfältigen Zielen und Maßnahmen von zahlreichen Akteuren in der Gesellschaft unterstützt und auf Landes- und kommunaler Ebene spezifisch weiterentwickelt. Eine wichtige Schwerpunktsetzung erfolgte im Jahre 2015 mit der vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erarbeiteten Naturschutz-Offensive 2020.

Viele aktuelle Daten belegen jedoch: Trotz beachtenswerter Erfolge ist die biologische Vielfalt in Deutschland und weltweit nach wie vor stark gefährdet und erfordert dringend konsequentes Handeln, um diese Entwicklung umzukehren.

Vor diesem Hintergrund haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT die verschiedenen Ansprüche an unsere Landschaften und die Konfliktfelder, die zwischen unterschiedlichen Interessen und Akteuren bestehen, beleuchtet und Lösungsvorschläge diskutiert. Adressiert wurden zum Beispiel die Land- und Forstwirtschaft, die Wasser- und Energiewirtschaft, der Sport, der Tourismus, aber auch die verschiedenen Akteursfelder im Naturschutz selbst.

Staatlichem Handeln kommt hier eine hohe Verantwortung zu. Der Staat kann Anreizsysteme schaffen und adäquate, verbindliche Leitplanken für den Naturschutz und die Erhaltung der biologischen Vielfalt setzen. Naturschädigende Subventionen müssen kritisch überprüft, modifiziert bzw. ganz beendet werden.

Es zeigt sich, dass der Naturschutz starke Partner aus Politik und Gesellschaft braucht, aus dem Naturschutz selbst wie aus den Naturnutzungsbereichen. Naturschutz als gesellschaftspolitische Aufgabe lenkt den Blick auf die Zusammenhänge von Naturschutz und sozialen Fragen sowie auf Fragen nach Lebensstilen oder dem Bedürfnis nach Naturbildung und Naturerfahrung. Gerade die Einstellungen und das Engagement der jungen Generation spielen hier eine große Rolle und wurden intensiv mit den Nachwuchsakteuren beim DNT diskutiert.

Der Deutsche Naturschutztag 2016 hat sich mit zahlreichen der aktuell wichtigsten Herausforderungen des Naturschutzes intensiv befasst. Ziel ist die Berücksichtigung des Naturschutzes bei allen politischen Entscheidungen.

Es wurden folgende Forderungen verabschiedet:

Biologische Vielfalt in der Kulturlandschaft stärken!

Die biologische Vielfalt und die Leistungen, die Ökosysteme erbringen, sind zentrale Grundlagen einer langfristig gesicherten Existenz des menschlichen Lebens. Für ihre Erhaltung gibt es vielfältige ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und ethische Gründe. Viele Wirtschaftszweige und viele Arbeitsplätze in Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Tourismus und Gesundheitswesen hängen direkt und indirekt von einer intakten und vielfältigen Naturausstattung ab. Darüber hinaus spielen Aspekte des Naturerlebens, von Ästhetik, Bildung, Freizeitgestaltung und der Lebensqualität des Wohnumfelds eine erhebliche Rolle und stärken das Heimatgefühl und die Identifikation mit einer Region. So vielfältig die Gründe zum Erhalt der biologischen Vielfalt sind, so vielgestaltig sind zugleich die Ansätze für die Akzeptanz des Naturschutzes und für erfolgversprechende Naturschutzkonzepte.

Kulturlandschaften sind von der über Jahrhunderte währenden Tätigkeit und Lebenskultur des Menschen beeinflusst und geprägte Naturlandschaften. Ein Ziel des Naturschutzes ist es, auch die für Kulturlandschaften typischen vielfältigen Lebensräume mit ihren wildlebenden heimischen Pflanzen- und Tierarten in langfristig überlebensfähigen Populationen zu erhalten.

Die Diskussionen auf dem 33. Deutschen Naturschutztag haben erneut bestätigt, dass für den Erhalt der Biodiversität nicht die Ziele neu zu definieren sind, sondern endlich konsequente Maßnahmen zu deren Umsetzung eingeleitet werden müssen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des DNT setzen dabei weiterhin auf einen integrativen Naturschutz. Sie fordern von Bund, Ländern und Kommunen:

- die Aufnahme der Erhaltung der Biodiversität als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche, als strategisches Ziel und als gesamtgesellschaftliche Aufgabe;
- die konsequente Anwendung der bestehenden naturschutzrechtlichen Grundlagen und deren fachlich fundierte Fortschreibung;
- die Bereitstellung von ausreichenden personellen und finanziellen Kapazitäten sowohl in den Naturschutzverwaltungen als auch in der entsprechenden Forschung und Bildung;
- eine spürbare Stärkung des ehren- und hauptamtlichen Naturschutzes, insbesondere durch die Bereitstellung adäquater finanzieller Mittel;
- den Schutz der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts nicht auf einzelne schutzwürdige Restflächen zu beschränken, sondern in der gesamten Kulturlandschaft konsequent umzusetzen und
- Planungen und Nutzungskonzepte so zu gestalten, dass ein weiterer Lebensraumverlust und eine mit der Flächeninanspruchnahme verbundene Verinselung von Vorkommen heimischer Tier- und Pflanzenarten verhindert werden.

Natura 2000 – konsequent umsetzen!

Das europäische Schutzgebietsnetzwerk Natura 2000 gehört zu den großen Erfolgen der Naturschutzpolitik in der Europäischen Union. Basis für die Einrichtung dieses Netzwerkes sind die beiden Naturschutzrichtlinien der EU, die FFH- und die Vogelschutzrichtlinie. 221 Lebensraumtypen und mehr als 1.000 Pflanzen- und Tierarten stehen unter dem Schutz der FFH-Richtlinie, 521 europäische Vogelarten werden über die Vogelschutzgebiete geschützt. Trotz dieser Erfolge und der Meldung vieler Gebiete an die Kommission sind die zukünftigen Herausforderungen in Deutschland – in der EU insgesamt – aber noch groß. Bei allen positiven Effekten zeigt der nationale FFH-Bericht von 2013, dass bei vielen Lebensraumtypen und Arten noch ein großes Umsetzungsdefizit bis zur Erreichung eines günstigen Erhaltungszustandes besteht.

Im Rahmen der Überprüfung europäischer Rechtsvorschriften (REFIT-Prozess) hat die EU-Kommission auch die EU-Naturschutzrichtlinien einem „Fitness Check“ unterzogen. Das Kernergebnis im Abschlussbericht der Evaluierungsstudie lautet: Die Vogelschutz- und die FFH-Richtlinie sind wirksam, effizient und fit für die beabsichtigten Zwecke. Probleme mit der Geschwindigkeit und dem Fortschritt der Einrichtung des Netzwerkes Natura 2000 sind nicht auf die EU-Gesetzgebung, sondern auf ihre unzureichende Umsetzung in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten zurückzuführen.

Dies zeigt sich konkret darin, dass viele gemeldete Gebiete derzeit noch nicht in ausreichendem Maße geschützt sind. Der günstige Erhaltungszustand vieler geschützter Lebensraumtypen und Arten ist nicht erreicht oder derzeit nicht gewährleistet. Die erforderlichen Managementpläne für die Gebiete fehlen oft noch und es mangelt an Geld und Personal für die Umsetzung und Sicherstellung der notwendigen Maßnahmen. Dies gilt sowohl für den Verantwortungsbereich der Länder als auch des Bundes.

Der DNT begrüßt, dass Bund und Länder ihre Anstrengungen zum Erreichen des notwendigen Schutzniveaus in den letzten Jahren deutlich verstärkt haben, wenn auch mit deutlicher Verspätung.

Angesichts der Umsetzungsdefizite und der ungenügenden Finanzierung fordert der DNT daher die für die Umsetzung der EU-Richtlinien und das Netzwerk Natura 2000 zuständigen Bundesländer und den Bund auf:

- eine rasche Umsetzung des erforderlichen rechtlichen Schutzes für die Natura 2000-Gebiete voranzutreiben, der das fachlich notwendige Niveau zur Erhaltung aller Schutzgüter gewährleistet oder verbessert;
- die für die Erarbeitung der Managementpläne und deren Fortschreibung notwendigen Ressourcen bereitzustellen, damit zügig die für eine rechtssichere und fachlich qualifizierte Umsetzung notwendigen Beurteilungsvoraussetzungen geschaffen werden;
- ihre Naturschutzverwaltungen durch die Bereitstellung ausreichender Ressourcen (Personal und Finanzmittel) in die Lage zu versetzen, dass sie die notwendigen Schrit-

te vor Ort für ein erfolgreiches Management der Natura 2000-Gebiete durchführen können.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. **DNT rufen zudem die EU-Kommission** dazu auf, den „Fitness Check“ der EU-Naturschutzrichtlinien entsprechend den klaren Ergebnissen der Evaluierungsstudie dafür zu nutzen, einen umfassenden und konkreten Aktionsplan zur Behebung der Umsetzungsdefizite der Richtlinien und von Natura 2000 zu entwickeln und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten zu verwirklichen. Besonders bedeutsam ist hierbei eine Neuausrichtung der EU-Naturschutzförderung spätestens ab 2021. Die derzeitige Finanzierung von Umsetzungsmaßnahmen von Natura 2000 in den Mitgliedstaaten aus verschiedenen EU-Fonds ist völlig unzureichend. Daher ist ein eigenständiger, finanziell angemessen ausgestatteter EU-Fonds zur Förderung des Naturschutzes einzurichten.

Landwirtschaft neu ausrichten!

Mehr als die Hälfte der Landfläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Das allein macht deutlich, dass der Art der Bewirtschaftung dieser Flächen eine besondere Verantwortung für den Erhalt einer intakten Umwelt und Natur zukommt. Der zunehmende Bedarf an landwirtschaftlicher Fläche, insbesondere Ackerflächen für die Erzeugung von Nahrungsmitteln und nachwachsenden Rohstoffen, führt vor dem Hintergrund einer zunehmenden Konkurrenz um Flächen für Siedlungen und Verkehr zu einem anhaltenden Verlust von für den Naturschutz wertvollem Grünland. Darüber hinaus steigt durch die Dominanz weniger Kulturarten, den zunehmenden Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln und den technischen Fortschritt die Bewirtschaftungsintensität auf Ackerflächen und ertragreichem Grünland stetig. Vor allem bisher extensiv genutzte Flächen sind durch Entwässerung, Düngung, Nutzungsintensivierung und andererseits Aufforstung bzw. Nutzungsaufgabe bedroht. Die Folge ist eine sich kontinuierlich verringernde biologische Vielfalt in der gesamten Agrarlandschaft und auf den einzelnen landwirtschaftlichen Flächen bis hin zu monotonen, großflächigen Artenbeständen auf Äckern und im Grünland. Dies spiegelt sich besorgniserregend in den Bestandsrückgängen von Feldvögeln und Wiesenbrütern sowie vielen Pflanzen- und Insektenarten wider.

Durch die Agrarförderung der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erhalten landwirtschaftliche Betriebe Direktzahlungen zur Einkommenssicherung. Zur Erhöhung der gesellschaftlichen Legitimation dieser Zahlungen wurde das „Greening“ in die erste Säule der GAP eingeführt. Damit werden 30 % der Direktzahlungen an durch die Landwirte zu erbringende Umweltleistungen gekoppelt. Die Wirkung dieses Greenings ist sowohl aus betriebs- und volkswirtschaftlicher als auch aus ökologischer Sicht unzureichend. Die zweite Säule der GAP, mit der u. a. biodiversitätssteigernde Maßnahmen, wie z. B. Agrarumweltmaßnahmen und investive Naturschutzmaßnahmen, gefördert werden, ist demgegenüber finanziell mangelhaft ausgestattet. Die gegenwärtige Finanzierung für den Naturschutz in der Agrarlandschaft und das EU-Schutzgebietsnetz Natura 2000 mit dem EU-Fonds für die

ländliche Entwicklung (ELER) als Hauptfinanzierungsinstrument hat bislang keine Trendwende beim Verlust der biologischen Vielfalt bewirkt.

Neben der Bereitstellung von Rohstoffen, vor allem von Holz, kommt Wäldern eine erhebliche Bedeutung für den Schutz der biologischen Vielfalt, von Böden, Grundwasser und Klima sowie für die Erholung der Bevölkerung zu. Sie sind darüber hinaus von landschaftsästhetischem Wert und schützen den Menschen vor Schadereignissen. Um die Stabilität eines so wertvollen Lebensraumes zu sichern, bedarf es angesichts der langen Bewirtschaftungszeiträume einer besonderen vorausschauenden Sorgfalt.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT fordern :

- eine grundlegende Neuausrichtung der Naturschutzfinanzierung und der Gemeinsamen Agrarpolitik, um die nationalen und internationalen Biodiversitätsziele zu erreichen; zur Integration von Naturschutzbelangen auf land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen sind langfristige, fachlich und finanziell attraktiv ausgestaltete, unbürokratische Fördermaßnahmen zu entwickeln; dazu bedarf es der Bildung eines neuen und eigenständigen EU-Fonds für Naturschutz und einer grundlegenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach dem Prinzip „öffentliches Geld nur für öffentliche Leistungen“;
- die Konkretisierung der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft durch eine Rechtsverordnung;
- die feste Integration der Belange des Naturschutzes bei Aus- und Fortbildungen und in der fachlichen Beratung von Landwirtinnen und -wirten;
- keine Umwandlung von Grünland in Ackerfläche und eine deutliche Verminderung der Inanspruchnahme von Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke;
- die Erhaltung artenreicher Wiesen durch extensive Bewirtschaftung; wesentliche Teile der heute intensiv genutzten Niedermoore sollen extensiviert und schwerpunktmäßig als Grünland genutzt werden;
- die Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzung auf Hochmoorböden und die anschließende Vernässung;
- die Einführung einer Stickstoffsteuer sowie einer Pestizidabgabe zur weiteren Senkung bewirtschaftungsbedingter Einträge in landwirtschaftlich genutzten Böden;
- die Steigerung des Anteils des ökologischen Landbaues an der genutzten landwirtschaftlichen Fläche auf mindestens 20 %.

Schutzgebiete sichern, grüne und blaue Verbundachsen schaffen!

National wie international wird dem Aufbau eines konsistenten Schutzgebietssystems an Land und im Meer große Bedeutung zugemessen. Neben den nötigen „Kerngebieten“ (z. B. Nationalparke, Naturschutzgebiete, Natura 2000 Gebiete) gilt es dabei, den nötigen Biotopverbund herzustellen. Die zunehmende Intensivierung der Landnutzung und der Ausbau der technischen Infrastruktur haben dazu geführt, dass die für den Naturschutz bedeutsamen Lebensräume heute weitestgehend inselartig verteilt und isoliert sind. Weitere Gefährdungen werden durch zunehmende Randeinflüsse und Luftschadstoffe (z. B. Stickstoffeinträge) verursacht.

Traditionell bilden vor allem auch die Flüsse mit ihren Auen bedeutsame Achsen des Biotopverbunds. Die Mehrzahl der Fließgewässer ist v. a. durch Quer- und Längsverbau beeinträchtigt, so dass die Durchgängigkeit oft eingeschränkt und die Verknüpfung mit den vielfach stark veränderten Auen oft nicht mehr gegeben ist.

Nicht nur bei den Korridoren und Trittsteinen, sondern auch bei den Kerngebieten des Biotopverbunds sind deutliche Defizite zu erkennen. So weist die rechtliche und tatsächliche Sicherung der Natura 2000-Gebiete, die hierbei eine wichtige Rolle spielt, noch erhebliche Lücken auf. Auch leidet das Management vieler Gebiete an chronischer Unterfinanzierung, zu geringer Personalausstattung und mangelhafter Ausstattung mit den nötigen administrativen Kompetenzen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT begrüßen ausdrücklich die in der Naturschutz-Offensive 2020 des Bundesumweltministeriums angekündigten Initiativen für einen gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Aktionsplan Schutzgebiete. Ziele sind die Implementierung des länderübergreifenden Biotopverbunds, die Verbesserung der Erhaltungszustände der Natura 2000-Gebiete.

Der DNT begrüßt ebenfalls die Bemühungen zur Erarbeitung des „Bundesprogramms Blaues Band“ und zur Etablierung des Nationalen Naturerbes durch die Bereitstellung einer 3. Tranche von bundeseigenen Flächen für Zwecke des Naturschutzes und die Bereitschaft der Flächenempfänger, hier Verantwortung zu übernehmen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT fordern Bund und Länder auf

- eine weitere Stärkung und Ergänzung des Schutzgebietssystems in Deutschland herbeizuführen; bestehende Schutzgebiete qualitativ fortzuentwickeln und aufzuwerten (u. a. durch Arrondierung der Gebietsfläche, Extensivierung der Landnutzungen) und mit den zur Aufgabenerfüllung nötigen personellen und finanziellen Ressourcen sowie den nötigen administrativen Kompetenzen auszustatten;
- die Lücken im Schutzgebietssystem zügig zu identifizieren und durch die konsequente Ausweisung weiterer Schutzgebiete und durch die Realisierung des länderübergreifenden Biotopverbundsystems zu schließen;
- den zur Umsetzung des „Bundesprogramm Blaues Band“ erforderlichen rechtlichen, personellen und finanziellen Rahmen zeitnah zu schaffen und langfristig abzusichern;
- die Arrondierung des Nationalen Naturerbes;
- sich dafür einzusetzen, dass die bestehenden Lücken im Grünen Band geschlossen werden und bereits bestehende Initiativen dahingehend zu unterstützen;
- sich national und international für eine drastische Reduktion von Stickstoffemissionen einzusetzen, damit entsprechend sensible Arten und Lebensräume auch langfristig überleben können;
- Rahmenbedingungen zu schaffen, die zum Verzicht auf Ackerbau und den Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln in Auen und Überflutungsräumen (HQ 100) führen;
- die weitere Erschließung von Gebirgsregionen für den Wintersport zu verhindern.

Jugendengagement nachhaltig unterstützen!

Die Art von Engagement und das Interesse für Naturschutzthemen sind derzeit einem starken Wandel unterworfen. Gerade die Annäherung junger Menschen an die Themen Artenkenntnis, Biodiversität, Arten- und Naturschutz ändern sich unter dem Eindruck globaler Umwelt- und Gerechtigkeitskrisen, aber auch durch die Nutzung neuer Medien. Lösungen werden daher ganzheitlicher gesucht und die bewusste Umstellung von individuellen und gesellschaftlichen Lebensstilen auch als aktiver Beitrag zur Verbesserung von Natur und Biodiversität gesehen. Gleichzeitig ist ein Schwund an jungen Aktiven festzustellen, die langfristig ehrenamtlich in Natur-, Umwelt- und Tierschutzverbänden oder im beruflichen Naturschutz Fuß fassen wollen. Die Gründe hierfür sind vielfältig, können jedoch u. a. auf fehlende Naturerlebnisse, wenig Naturkunde oder Natur- und Umweltschutz im schulischen Bildungssystem, mangelnde Ausbildung an den Hochschulen sowie fehlende selbstgestaltbare Freiräume, die keinem wirtschaftlichen Verwertungsdruck ausgesetzt sind, zurückgeführt werden.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT fordern daher:

- die Schaffung von mehr naturnahen Freiflächen für selbstbestimmt gestaltete Freizeit von Kindern und Jugendlichen;
- mehr Wertschätzung und Anerkennung für ehrenamtliches Naturschutzengagement in Schule und Studium; z. B. bei der Anerkennung von Stunden bzw. Leistungspunkten;
- eine fundierte Vermittlung von Artenkenntnissen wieder konsequent in die Lehrpläne von Schulen und Hochschulen aufzunehmen;
- die Stärkung von Freiwilligendiensten in Bund und Ländern, z. B. das Freiwillige Ökologische Jahr und der ökologische Bundesfreiwilligendienst;
- die finanzielle Stärkung von Jugendverbandsstrukturen, insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene, um auch kurzfristiges, projektbezogenes Engagement effektiv unterstützen zu können; hierbei ist eine flächendeckende Grundförderung von Personal wichtig, um eine hauptamtlich gestützte Kinder- und Jugendarbeit auf hohem Niveau erhalten zu können; einheitliche Standards, wie die *Jugendleitercard*, müssen in der Jugendarbeit weiter etabliert werden;
- die Schaffung von generationenübergreifenden Angeboten zum Erlernen von Artenkenntnis; notwendig sind entsprechende interdisziplinäre, von Bund und Ländern geförderte Modellprojekte und ein verstärkter Erfahrungsaustausch zwischen Schulen, Hochschulen, Umweltstationen, Naturschutzakademien, Naturschutzverbänden und Naturschutzfachbehörden.

Naturschutz und soziale Fragen zusammen denken!

Die Natur zu schützen ist eine gesellschaftliche Vereinbarung und als Politikfeld mitten in der Gesellschaft angekommen. Naturschützerinnen und Naturschützer treten dabei zunehmend in den Diskurs um aktuelle gesellschaftspolitische Herausforderungen, wie Globalisierung, Migration, demographischer Wandel, Partizipationsformen, Wertewandel, Konsum und Lebensstile und identifizieren die Wechselwirkungen dieser Themen mit dem Schutz der biologischen Vielfalt. Sie nehmen damit aber auch verstärkt sozialpolitische Themen in den Blick. Wissenschaftliche Studien belegen beispielsweise ein deutlich geringeres Naturbewusstsein von Menschen aus bildungsfernen Milieus. In den Fokus rücken

daher – insbesondere im städtischen Raum – Fragen nach den Möglichkeiten des emotionalen wie praktischen Naturzugangs und nach demokratischen Beteiligungsangeboten für sozial benachteiligte Gruppen der Gesellschaft.

Gesellschaftspolitische Fragen können Akteure des Natur- und Umweltschutzes nicht alleine lösen, hier bedarf es umfassender Ansätze, die insbesondere die Belange von Natur- und Umweltschutz, Gesundheit und Sport, Bildung und Soziales sowie Stadtentwicklung integrieren müssen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT begrüßen die Bereitschaft vieler gesellschaftlicher Partner, beispielsweise aus Religionsgemeinschaften, Sozialverbänden, Sportverbänden, Bildungsinstitutionen, Kulturorganisationen, Gewerkschaften und Unternehmen, mit dem Naturschutz strategische Kooperationen einzugehen und diese auszubauen. Ziel ist es, mit Naturschutz ein gutes Leben für alle Menschen zu erreichen und mit Naturschutz zur gesellschaftlichen Integration beizutragen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT fordern von Bund und Ländern daher:

- integrative Strategien für die Politikbereiche Natur und Umwelt, Gesundheit und Sport, Bildung, Soziales und Stadtentwicklung zu erarbeiten;
- im Sinne von Teilhabe und Umweltgerechtigkeit allen gesellschaftlichen Gruppen Zugang zu Naturerleben und zu einer gesunden Lebensumwelt zu ermöglichen und konkrete Angebote zu schaffen, alle an der Ausgestaltung des Naturschutzes teilhaben zu lassen;
- die gesellschaftswissenschaftliche Forschung zum Naturschutz und ein naturschutzbezogenes gesellschaftliches Monitoring auszubauen und zu fördern;
- in der Bildungspolitik die Themenfelder Natur, Kultur und Soziales stärker im Sinne des Weltaktionsprogramms „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zusammen zu führen und Gestaltungskompetenz zu fördern;
- die konsequente Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie auf allen politischen Ebenen und die Entwicklung und Förderung neuer Lebensstil- und Wirtschaftsmodelle mit dem Fokus auf Wertewandel und der Änderung von Konsummustern.

Ausblick

Moderner Naturschutz geht weit über den Schutz der biologischen Vielfalt hinaus. Er steht in einem breiten gesellschaftlichen Kontext und ist wechselseitig mit einer Vielzahl von Akteuren verzahnt. Dabei sind auf der einen Seite die gesellschaftlichen Treiber und Akteure zu nennen, die in erheblichem Maße die biologische und landschaftliche Vielfalt negativ beeinträchtigen. Auf der anderen Seite können eine Reihe von Synergien benannt werden, bei denen der Naturschutz einen positiven Beitrag zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele anderer Disziplinen leistet. Beispielhaft sind hier der Klima- und der Hochwasserschutz zu nennen sowie weitere Ökosystemleistungen als Grundlagen für menschliches Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung. Umgekehrt sind viele für den Naturschutz bedeutsame Arten und Lebensräume direkt oder indirekt von menschlichen Nutzungen abhängig.

Der 33. DNT hat diese wechselseitige Verzahnung und Beeinflussung in den Mittelpunkt vieler Fachvorträge gerückt. Aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gilt es, diesen

gesellschaftlichen Kontext energischer als bisher in das Bewusstsein der politischen und allgemeinen Öffentlichkeit zu tragen, damit der Naturschutz sehr viel stärker als heute als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und in allen betroffenen Handlungsfeldern selbstverständlich mitgedacht und aktiv integriert wird. Die 2007 verabschiedete Nationale Biodiversitätsstrategie und die sich oft darauf beziehenden Länderstrategien sind dabei ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Strategien bedürfen jedoch der konsequenten Umsetzung. In diesem Zusammenhang setzt die Naturschutz-Offensive 2020 des BMUB ein deutliches Signal. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT fordern die anderen Bundesressorts auf, sich dieser Initiative anzuschließen und das BMUB aktiv zu unterstützen. Auch die Länder sollen diesem Beispiel folgen und ebenfalls entsprechende Initiativen ergreifen.

Der 33. DNT hat einmal mehr gezeigt, dass für den Schutz der biologischen Vielfalt, des Naturhaushalts und der Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung besteht. Die im Naturschutz hauptamtlich und ehrenamtlich Aktiven, vertreten durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Deutschen Naturschutztages, sind bereit, ihr Wissen und ihre Erfahrungen im konstruktiven Dialog mit allen gesellschaftlichen Akteuren einzubringen und sich dieser Verantwortung zu stellen.

Um die umfangreichen fachlichen Aufgaben qualifiziert bearbeiten und die offenkundigen Probleme so zügig wie möglich lösen zu können, sind jedoch ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen in den Umweltverwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen wesentliche Voraussetzung. Während dies im technischen Bereich offensichtlich weitgehend außer Frage steht, sind viele Behörden des Naturschutzes nicht angemessen ausgestattet. Der DNT ruft die Verantwortlichen darüber hinaus auf, adäquate Ressourcen bereitzustellen, um die Vermittlung und Verankerung der Naturschutzzielsetzungen in der breiten Öffentlichkeit und der Politik zu verbessern und zu verstetigen.

Die Naturschutzorganisationen sollten die Prozesse konstruktiv kritisch begleiten und ihrerseits strategische Allianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen suchen. Sie sollten alle nötigen Anstrengungen unternehmen, um das Ehrenamt zu stärken. Als Schlüsselbereich ist hier vor allem eine aktive Jugendarbeit zu nennen, die einer breiteren ideellen und finanziellen Unterstützung der gesamten Gesellschaft bedarf.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 33. DNT appellieren abschließend erneut an die politischen Repräsentanten und alle gesellschaftspolitischen Gruppen, ihre Potenziale und Stärken einzubringen, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden und die hier formulierten Forderungen zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen aktiv zu unterstützen.